

Gesund angelegtes Geld

„Ein Stück vom Kuchen“ beim Konjunkturprogramm fordert Gelsenkirchen für Schulen und Straßen. Groß ist zugleich der Investitionsstau bei den Sportplätzen und den Krankenhäusern. Die WAZ fragte bei Gelsensport und in den sechs Hospitälern nach.

Schnell ist man bei zig Millionen Euro, wenn man die Krankenhäuser in der Stadt abfragt, wo sie sich dringende Investitionen wünschten, und die Summe dann zusammenzählt. Wünsche und Begehlichkeiten, die genährt werden durch milliardenschwere Konjunkturprogramme von Bund und Land. Verbandsobere von Ärzten und Krankenhausgesellschaften fordern, dass in Krankenhäuser ebenso konjunkturfördernd investiert werden soll wie in Straßen oder Schulen. Bei 60 Milliarden Euro soll der Investitionsstau in den Hospitälern bundesweit liegen.

„Ein Sonderprogramm für Krankenhäuser wäre gut. Das Geld würde auch sofort investiert“, ist sich Berthold Grunenberg, Geschäftsführer der katholischen Kliniken Emscher-Lippe (KKEL), zu denen das Horster St. Josef-Hospital gehört, sicher. Dort wurde zwar in den letzten Jahren bereits investiert und gebaut, für den neuen OP-Bereich etwa und den neuen Eingangsbereich, doch bei den neuen Investitionspauschalen, die die Einzelförderung abgelöst haben, ist das Haus jetzt erst mal leer ausgegangen. „Die Pauschallösung ist eigentlich gerechter, aber das Gesamtvolumen, das das Land dafür bereitstellt, ist zu gering“, meint Grunenberg. Im Vergleich liegt NRW weit hinten.

So bleibt zum Beispiel in dem rund 100 Jahre alten Horster Haus auch nur Geld für die notwendigen Instandhaltungs- und Sanierungsarbeiten. Bei einem Konjunkturprogramm würde das St. Josef-Hospital umgehend seinen Platzmangel beheben, der sich nach dem Umzug der Geriatrie von Resse ergeben hat. Für 5 Mio Euro etwa ließe sich das Dachgeschoss aufstocken. Engpässe sieht das Haus auch bei den Intensivbetten. Für medizinisch sinnvoll hält Grunenberg auch weitere Infektionsbetten, z.B. für ansteckende Influenza-Patienten.

„Es geht nicht um größer, schöner, neuer“, betont Werner Neugebauer, Geschäftsführer am Bergmannsheil, mit Blick auf notwendige und auch medizinisch geratene Investitionen, die mit den Pauschalen nicht zu leisten sind. 700 000 Euro erhielt das Bergmannsheil 2008 für Sanierungen im Bettenhaus. Die neue Kinderklinik, Kosten gut 12 Mio Euro, finanzierte das Krankenhaus „außer der Reihe“ mit Eigen- und Kreditmitteln. Bei einem Krankenhaus-Förderprogramm wüsste Neugebauer sofort, was er anmelden würde: die Zusammenführung der Intensivstationen. 3,5 Mio Euro wären das, die durch Prozessoptimierungen sogar dauerhaft Kosten sparen würden. Aus dem Stand könnte das Elisabeth-Krankenhaus 3 Mio Euro in eine dringend benötigte Intensivpflegeeinheit stecken, für die ansonsten über Jahre die Pauschale angespart werden müsste.

Die Evangelischen Kliniken werden in den nächsten Jahren keine Investitionspauschalen überwiesen bekommen, nachdem jetzt u.a. in die Erweiterung der Psychiatrie und in den Einbau von Nasszellen in den Patientenzimmer investiert wurde. Den geplanten neuen Bunker für die Strahlentherapie für 6,5 Mio Euro finanziert die Klinik aus eigener Tasche, exakter über Kredite von der Bank.

Dass Bund und Land einen Sondertopf für die Krankenhäuser füllen wird, hält Klinik-Chef Karl Bolds allerdings für wenig wahrscheinlich. Eine Liste für nötige Arbeiten hat er aber parat: 2,5 Mio Euro für den allgemeinen Sanierungsstau, der sich mit den Pauschalen nicht auflösen lässt, 1,5 Mio

Euro zur Energieeffizienz, Fassadendämmung, Isolierung etc. und je 800 000 Euro für Parkplätze und die Aufzugsanlage.

Auf 18 bis 20 Mio Euro schätzt Peter Weingarten, Chef der beiden katholischen Marienhospitäler, allein den Sanierungsstau in dem betagten Haus in Buer. Die Frage nach Investitionsnotwendigkeiten erübrigt sich daher für ihn. Gleichzeitig erwartet er, dass das St. Marien-Hospital wohl erst 2010/11 in den Genuss von Investitionspauschalen kommt. Das Ückendorfer Krankenhaus kann derweil mit zugesagten und erwarteten Pauschalen Investitionsvorhaben abarbeiten, in der Kinderklinik, in der Wöchnerinnenstation. Um die Million bewegen sich die bereitgestellten Jahressummen. In einem für die Bezirksregierung zusammengestellten Maßnahmenkatalog stehen aber ganz andere Beträge. 10 bis 15 Mio Euro veranschlagt das Haus u.a. für Umbauten im Erdgeschoss und der Zentralen Aufnahme. Weingarten: „Das hätte große Auswirkungen auf die lokale und regionale Wirtschaft.“

Modernisierung tut Not

Gesundheitsdezernentin sieht großen Finanzbedarf

Die städtische Gesundheitsdezernentin Henriette Reker weiß aus der langen Antragsliste der Krankenhäuser für Investitionsvorhaben an die Bezirksregierung nur zu gut, dass der finanzielle Bedarf groß ist. Ihn jetzt konjunkturfördernd teilweise abarbeiten zu können, wäre ein seltenes Zeitfenster. „Es wäre hervorragend, wenn es jetzt Mittel für die Krankenhäuser geben würde. Ich würde mich freuen, wenn sie in das Konjunkturpaket aufgenommen würden.“ Während die Krankenhäuser in klinische Abteilungen auch mit eigenen Mitteln in der Vergangenheit kräftig investiert hätten, sieht Reker vor allem einen erheblichen Sanierungs- und Modernisierungsbedarf in den Bettenhäusern der Hospitäler. Dafür fehle das Geld. Unter dem Kostendruck und gestiegenen Personalkosten sei es schwer für die Krankenhäuser, Mittel dafür zu erwirtschaften.

Kommentar: Sinnvolle Investitionen

Wer in Krankenhäuser investiert, schiebt nicht nur die Wirtschaft an und sichert Arbeitsplätze bei beauftragten Firmen. Er sichert und schafft auch Arbeitsplätze in der Gesundheitswirtschaft. Und: Die Investitionen kommen den Patienten zu Gute. Bei der medizinischen Qualität, auch in der Unterbringung in den Zimmern. So sollte es zumindest sein. Eine gute Versorgung ist zudem Standortfaktor und Lebensqualität in einer Stadt. Insofern wären – ohnehin zu knappe – Landes- und Bundesmittel gut angelegt. Zugleich: Ein Konjunkturprogramm ist kein Wunschkonzert. Mittelvergaben müssten gesteuert werden. Denn auch das ist Fakt: Die Krankenhäuser stehen immer noch in starker Konkurrenz und leisten sich manch kostspielige Doppelangebote.

Quelle: Westdeutsche Allgemeine Zeitung, Ausgabe vom 14.01.2009